

Wien, am Mittwoch, den 11. Dezember 1929

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 11. Dezember 1929.

Vizebürgermeister Hoss eröffnet um 16 Uhr die Sitzung. Der Wiener Gemeinderat setzt die Generaldebatte über den Voranschlag für 1930 fort.

GR. Ellend (E.L.) führt aus, dass auch der vorliegende Voranschlag wieder mit einem hohen Defizit abschliesst. Stadtrat Breitner selbst ist nicht davon überzeugt, dass dies der Wirklichkeit entspricht, obwohl das Ansehen der Stadt eine wahre Veranschlagung verlangt. Wenn Breitner eine gute Wirtschaftspolitik betreiben würde, könnte der Arbeitslosigkeit Einhalt geboten werden. Um die Wirtschaftslage zu bessern, muss ein gesundes System inaugurirt werden. Auch die Baupolitik muss von Grund auf geändert werden. Die notwendigen Gelder für die Wohnbautätigkeit dürfen nicht aus den laufenden Steuern genommen werden, sondern die dazu notwendigen Mittel müssen durch eine Anleihe bereitgestellt werden. Die Gemeinde darf sich nicht auf Kosten der Steuerträger bereichern, den Gewerbetreibenden darf ihr Betriebskapital nicht weggesteuert werden. In Wien werden jährlich 15.000 Ehen geschlossen, aber nur 6000 Wohnungen gebaut. Dieses Manko an Wohnungen kann nur durch die private Bautätigkeit wettgemacht werden. Sie findet leider bei der Wiener Stadtverwaltung keine Förderung, im Gegenteil Sie legen ihr alle Hindernisse in den Weg. Die Wirtschaftslage ist schon derart schlecht, dass die Gewerbetreibenden nicht mehr in der Lage sind, den fürchterlichen Steuerdruck auszuhalten. Wir müssen daher ausgiebige Steuererleichterungen verlangen, wenn die Wirtschaft nicht völlig zusammenbrechen soll. Die sozialdemokratischen Gewerbetreibenden selbst haben in der Generalversammlung des Gewerbege nossenschaftsverbandes die Ermässigung der Fürsorgeabgabe von vier Prozent auf ein Prozent verlangt. Ihr Antrag wurde einstimmig angenommen. Es liegt nun an Ihnen, der Forderung Ihrer Leute zu entsprechen. Das Gewerbe muss aber noch weiter unterstützt werden. Das kann z.B. bei der Säuglingswäsche geschehen, wenn Sie Ihre Wahlwindeln nicht auch den reichen Leuten geben, sondern nur den armen und mittleren Schichten der Bevölkerung. Ein diesbezügliches Ansuchen hat die Genossenschaft der Wäscheerzeuger am 21. November d.J. an den Bürgermeister schriftlich gerichtet. Das Ziel Ihrer Steuerpolitik

ist die Sozialisierung. Wenn Sie darin nicht Remedur schaffen, werden wir alle Mittel in Bewegung setzen, um Sie zu zwingen, auf diesem Gebiet Einkehr zu halten. GR. Ellend wendet sich sodann scharf gegen einen Artikel der Arbeiterzeitung, in welchem die Gewerbetreibenden als Sumper bezeichnet werden und bemerkt, auf der einen Seite sage man das den Gewerbetreibenden, auf der anderen Seite suche man sie durch schöne Reden einzufangen. Den Gewerbetreibenden/^{und} Handeltreibenden, denen Sie zu helfen versprechen, machen ^{Sie} fast in jedem Gemeindehaus durch Konsumvereine Konkurrenz. Die Arbeiterführer sollten ihre Aufgabe darin sehen, die Arbeiter und Angestellten zu tüchtigen Menschen zu machen und sie fähig zu machen, einmal auch tüchtige Unternehmer zu werden. Die Taktik, die Sie aber eingeschlagen haben, führt zur Verelendung der Wirtschaft und macht es jedem unmöglich, sich eine Existenz als Selbständiger zu gründen. Wir appellieren in letzter Stunde an die Mehrheit, sich mit der Minderheit zusammenzusetzen, um ein Programm auszuarbeiten, wie der Wirtschaft geholfen werden kann. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der E.L.)

GR. Haider (E.L.) bestreitet, dass die Gemeinde Wien sich zu den demokratisch verwalteten Körperschaften zählen dürfe. Die Mehrheit sind zwar Demokraten in der Theorie, in der Praxis aber die ärgsten Autokraten. Das zeigt z.B. auch der Kontrollratsbericht für das Jahr 1928, in welchem Unregelmässigkeiten in der Verwaltung aufgedeckt werden und festgestellt wird, dass Rechnungen und Kassavorschriften nicht beachtet, dass Rechnungen und Fakturen ohne Unterlagen ausbezahlt, dass Steuergelder nicht ordnungsmässig verrechnet worden sind, dass qualitätsmindere Ausführungen bei Bauführungen vorgekommen sind, dass bei der Wihoko finanzielle Unregelmässigkeiten aufscheinen, u.s.w. Es ist höchste Zeit, dass die Verwaltung dieser Stadt der Kontrolle durch den Bund unterzogen wird. GR. Haider beschäftigt sich sodann mit dem Voranschlag und bezeichnet das veranschlagte Defizit von 46 Millionen als fiktiv. Dieses Defizit wird sich, wie die Defizite in früheren Jahren wieder in einen recht ansehnlichen Gebarungüberschuss verwandeln. Dass wir recht haben, wenn wir das annehmen, zeigt z.B. der Rechnungsabschluss vom Jahre 1928, aus welchem sich ergibt, dass sich nur bei vier Steuern, der Fürsorge-, der Lustbarkeits-, der Nahrungs- und Genussmittel- und der Fremdenzimmerabgabe um 14 Millionen mehr eingenommen wurde, als präliminiert worden ist. Es handelt sich hier um Steuern, die nicht etwa nur den Arbeitgeber, sondern alle Schichten der Bevölkerung, auch die Aermsten belasten. Dieser Umstand

sollte die Mehrheit ehdlich dazu bringen, diese Steuern fallen zu lassen. GR. Haider bespricht sodann die einzelnen Gruppen des Budgets. und bemerkt zur Gruppe Personalangelegenheiten die Herrschaft der Sozialdemokraten in der Gemeindeverwaltung habe den Angestellten nicht Freiheit, sondern Knechtschaft gebracht. Keine Partei hat ihre Herrschaft im Rathaus so rücksichtslos ausgenützt wie die Mehrheit. Den amtsführenden Stadtrat Professor Tandler habe ich lange Zeit, sagt Redner, für einen wirklich gerechten sozialempfindenden und unparteiisch amtierenden Mann gehalten. Aber aus diesem Paulus ist ein Saulus geworden. Ich glaube nicht mehr an seine soziale Gerechtigkeit, denn ein Mann, der in vielen hunderten Fällen in absolut unbegründeter Weise den Aermsten der Armen die kleinste Pfründe kürzt, kann keinen Anspruch auf soziales Empfinden erheben.

Stadtrat Prof. Dr. Tandler: Seit Jahresfrist wurde keine Pfründe gekürzt! GR. Haider: Wenn dies zutrifft, dann freuen wir uns über unseren Erfolg. Aber wir wünschen, dass St. R. Tandler sich mehr der Armsten annimmt, Viele Klagen kommen auch aus der Heil- und Pfliganstalt Steinhof, wo die Verköstigung alles zu wünschen übrig lässt. Es genügt nicht, dass die Pflinglinge zum Geburtstag des Bürgermeisters einen Schweinsbraten bekommen.

GR. Untermüller (E. L.): Das war auch beim Geburtstag des Kaisers, warum also nicht auch beim Geburtstag des Bürgermeisters!

GR. Haider: Auch die Beiträge der Gemeinde für die Pflegekinder sind ungenügend. Sie betragen 35 bis 45 Schilling monatlich, Beträge mit denen nicht einmal die Verköstigung dieser Kinder bestritten werden kann. Redner verliest nun einen Brief von Pflegeältern worin diese Pflegebeiträge als ungenügend bezeichnet werden und vom Gemeinderat eine Erhöhung verlangt wird. GR. Haider verweist ferner darauf, dass die Strassenbahn passiv sei, dass aber ein grosser Teil des Abganges darauf zurückzuführen ist, dass Stadtrat Professor Dr. Tandler in geschickter Weise die Strassenbahn für soziale Zwecke benützt. So werden jährlich nicht weniger als zwei Millionen Schilling für die Arbeitslosenfahrtscheine der Strassenbahn angelastet. Sie muss die Arbeitslosen befördern, bekommt aber von der Gemeinde dafür keinen Groschen. Das ist unhaltbar. Die zwei Millionen hat die Gemeindeverwaltung der Strassenbahn zu bezahlen. Die Verwaltung des Wohnungswesens ist vollständig parteimässig. Der amtsführende Stadtrat sieht ruhig zu, wie hunderte von Delogierten keine Wohnung bekommen können. Die Tätigkeit im Wohnungsamt ist beeinflusst von parteipolitischer Willkürherrschaft. Man muss sich auch dage-

511

gen wenden, dass aus Steuergeldern in den städtischen Wohnbauten sozialdemokratische Parteilokale errichtet werden. Viel zu sprechen wäre auch über die Sanitätswidrigen Zustände auf den Märkten und über die städtischen Unternehmungen. Letztere wurden zu Brutstätten sozialdemokratischen Terrors. Sie nützen rücksichtslos ihre Herrschaft für Parteizwecke aus. Ein Skandal sondergleichen ist auch die Vergebung von Schullokalitäten für die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu rein parteimässigen Unternehmungen. Aus all diesen Gründen können wir nicht für den Voranschlag stimmen (Lebhafter Beifall bei der Minderheit)

GR. Angermayer (E.L.) polemisiert gegen die in der letzten Sitzung von Bürgermeister Seitz gehaltene Rede. Die letzten zehn Jahre hat die Sozialdemokratie die Wiener Bevölkerung durch Gewalt beherrscht. Am 15. Juli 1927 hat diese Gewaltpolitik ihren Höhepunkt erreicht. Es ist wahr, dass die politische Unruhe eine wirtschaftliche Unruhe auslöst. Ihre zehnjährige Obstruktion im Parlament war aber eine politische Unruhe und das Verhalten Ihrer Partei ist die Ursache der schweren wirtschaftlichen Schäden. Wir glauben, dass die Verfassungsänderung sehr notwendig gewesen ist, da die alte Verfassung den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprochen und sie den politischen Leidenschaften zu viel freien Lauf gelassen hat. Wir wollen eine wirkliche demokratische Republik, nicht aber eine solche, die von Ihrer Partei nur als Durchzugsstation zum sozialistischen Staat angesehen wird. Ihr Verhalten im Parlament war die Ursache der Reform der Verfassung. Bürgermeister Seitz hat in seiner Rede gemein es möge nun mit dem dummen Spiel der Gewalt und der Drohungen ein Ende gemacht werden. Solange Sie das Spiel mit der Gewalt trieben, war es kein dummes Spiel. Jetzt aber, wo Sie die Erfahrung gemacht haben, dass Ihrem losen Spiel Schranken gesetzt sind, ist das Spiel mit Gewalt ein dummes Spiel. Wir haben Sie wiederholt auf die Gefährlichkeit Ihres Spieles aufmerksam gemacht. Sie haben uns verhöhnt. Wenn Sie nun auf einmal das Ende des Spieles haben wollen, müssen Sie zuerst ehrlich und wirklich abrüsten. Wir können aber an Ihren Abrüstungswillen nicht glauben, solange die Bevölkerung täglich Ihre Gewalt verspürt, solange sie jedem einzelnen das Recht der politischen Ueberzeugung absprechen. Sie haben Ihr Verhalten noch immer nicht geändert, nur dort, wo Ihnen Gewalt entgegengestellt wurde, wurden Sie zur Vernunft gebracht. Wir wollen keine Friedensworte von Ihnen hören, sondern Friedenstaten sehen. Nur dann werden wir uns mit Ihnen an einen Tisch setzen und mit Ihnen über die Zukunft Wiens reden. Dieses Budget lässt den wirtschaftlichen Frieden nicht zu. Es enthält nichts von dem, was der Herr Bürgermeister als Voraussetzung für eine richtige Steuerverwaltung hingestellt hat. Der Herr Bürgermeister hat zugestanden, dass das Steuersystem eine Klassenfrage ist, d.h. dass es

parteilich eingestellt ist. Wir haben uns immer bemüht, als sachliche Opposition aufzutreten, und wir verwehren uns auf das entschiedenste dagegen, dass wir nach der Meinung des Herrn Bürgermeisters nur Opposition betreiben, weil wir eben eine Opposition sind. Der Herr Bürgermeister hat dieses Budget ein Lichtbild genannt. Das ist ein schwerer Irrtum, denn die veranschlagten Ausgaben sind nicht nach den Grundsätzen der Sparsamkeit eingestellt und die Steuerpolitik richtet sich nicht nach der Tragfähigkeit der Wirtschaft. Im Jahre 1924 haben Sie sich noch mit Einnahmen von 218 Millionen Schilling begnügt, für das Jahr 1930 begehren Sie aber 490 Millionen Schilling. Ja, hat denn die Wirtschaft seit 1924 einen solchen Aufschwung genommen, dass sie solches verträgt? Das Gegenteil ist wahr! Die Wirtschaft kommt aus ihren Krisen überhaupt nicht heraus und tausende von Existenzen sind zugrunde gegangen. Die Wirtschaft hat heute kein Privatkapital mehr, ja sie ist sogar gezwungen, zum Steuerzahlen Bankkredite aufzunehmen. Die Folge davon ist eine grauenhafte Arbeitslosigkeit. Im Jahre 1924 haben Sie 287 Millionen Schilling Ausgaben gehabt. Für das Jahr 1930 sind nicht weniger als 490 Millionen Schilling vorausgesehen. Kann sich eine sozial eingestellte Verwaltung solche Ausgaben erlauben? Verträgt dies die Wirtschaft? Mit Ausnahme der Ausgaben für Reklame muss die Wirtschaft überall zu den weitgehendsten Einschränkungen schreiten. 122 Millionen Schilling von den Ausgaben sind für die Gemeinde wertvermehrende. Während also die Wirtschaft verarmt, vermehrt die Gemeinde in einem einzigen Jahr ihre Werte um 122 Millionen Schilling. Das ist der systematische Kampf gegen die Privatwirtschaft, die durch Uebersteuerung zugrunde gerichtet werden soll, das ist die Erfüllung eines Programmpunktes der sozialdemokratischen Partei. Mit einer solchen Steuerpolitik kann sich niemand einverstanden erklären. Solange die Wirtschaft so behandelt wird, kann es keinen wirtschaftlichen Frieden geben. Unerhört ist auch die Steigerung der Steuerlasten. Während im Jahre 1913 auf den Kopf der Bevölkerung, die damals zwei Millionen Einwohner zählte, 159 Schilling an Steuern entfielen, entfielen im Jahre 1926 auf den Kopf der Bevölkerung, die nur 1.8 Millionen Einwohner ausmacht, 272 Schilling. Der Effekt Ihrer Steuerpolitik ist, dass die Kassen der Gemeinde immer voller, die Kassen der Wirtschaft aber im gleichen Mass immer leerer werden. Die Gemeinde bereichert sich und die Wirtschaft muss die Zeche zahlen. Der Voranschlag ist für die Steuerzahler kein Lichtbild, sondern ein Bild des Grauens und wir sind überzeugt, dass der Herr Bürgermeister mit seiner Anschauung einsam auf weiter Flur steht.

Der ungeheure Aufwand für das Wohlfahrtswesen ist ein Gradmesser dafür, in was für Not und Elend wir uns befinden. Die 122 Millionen Schilling Investitionen wären, wie der Bürgermeister es nannte, wirklich ein Lichtblick, wenn sie die Wirtschaft befruchten würden. Aber zuerst hat man im Jahre 1929 der Wirtschaft über 400 Millionen durch Steuern weggenommen und gibt ihr dann im Jahre 1930 122 Millionen in Form von Investitionen wieder. Das ist gewiss nicht der richtige Weg erst eine Wirtschaft zum Ausbluten zu bringen und ihr dann ein paar Tropfen Blut einzuspritzen. Der Redner fasst seine Ausführungen dahin zusammen: die ganze Gesetzgebung und Verwaltungspolitik des Wiener Rathauses war in den zehn Jahren auf die Unterdrückung der nichtmarxistischen Bevölkerung eingestellt. Die Verwaltung der Mehrheit fusst auf einer gewalttätigen Steuerpolitik, die es sich einzig und allein zur Aufgabe gemacht hat, die Gemeinde zu bereichern, ohne auf die Tragfähigkeit der Wirtschaft Rücksicht zu nehmen. Diese Steuerpolitik hat die Steuerwillkür zum System erhoben, deren wesentlichstes Merkmal das freie Ermessen ist. Die ^{se} Steuerpolitik ist eine Steuerdiktatur, weil es keine Abwehr gegen die Steuerbemessung gibt. Dazu herrscht noch ein unwürdiges Spitzelsystem, das den allgemeinen Unwillen erregt. Die Steuereintreibung lässt an Brutalität und Rücksichtslosigkeit nichts zu wünschen übrig. Da dieses Steuersystem die Wirtschaft zugrunde richtet, können wir dem Voranschlag nicht zustimmen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Binder (E.L.) bemerkt, der Voranschlag für 1930 zeige, dass auch weiterhin die Wirtschaft nicht entlastet werden soll. Trotz der vorgenommenen Steuerermässigungen sollen im nächsten Jahre um sechs Millionen mehr Steuern hereingebracht werden. Das freie Ermessen und das Spitzelsystem wird sich auch im nächsten Jahre voll ausleben können. Beides zeigt sich am krassesten bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe, die eine der ungerechtesten Steuern ist. Da wurde z.B. ein Gasthaus in einem ganz unbelebten Bezirksteil auf der Landstrasse in die Abgabe eingereiht und als Vergleichsobjekte zwei Gastbetriebe gewählt, die in einem sehr verkehrsreichen Bezirksteil liegen. Das ist doch nicht angängig. Betriebe werden, kaum dass sie irgendetwas investiert haben, in die höhere Steuerklasse eingereiht. In solchen Fällen müsste man den Betriebsinhabern eine kleine Atempause lassen. Die Steuer-schraube wird so angezogen, dass es die Wirtschaft nicht mehr ertüügt. Sie haben es sich daher selbst zuzuschreiben, wenn weite ^{Ar}reise

der Bevölkerung verlangen, dass der Mann, der daran schuld ist, von seinem Platz wegkomme. Mit der Lustbarkeitsabgabe glauben Sie Einzelveranstaltungen besonders hart treffen zu müssen. Der Redner richtet an Stadtrat Breitner das Ersuchen, in der kommenden Faschingszeit die Einzelveranstaltungen mehr zu berücksichtigen und verlangt auch eine Reform der Hauspersonalabgabe, deren gegenwärtige Konstruktion ein steuerwirtschaftlicher Unsinn ist. Welche Folgen diese Abgabe hat, zeigt die Tatsache, dass es im Jahre 1929 um 925 Haushalte weniger gibt als im Jahre 1926, die die Abgabe bezahlen. Die Arbeitslosigkeit in Wien ist nicht, wie Stadtrat Breitner meinte, durch die politischen Verhältnisse, sondern durch den Steuerdruck vermehrt worden. Die 12.462 Gesuche und Stundungen und Ratenbewilligungen und die über 5500 Ansuchen um Nachsicht des Verzögerungszuschlags sind Zeichen dieses Steuerdrucks. Strafgeder werden rücksichtslos vorgeschrieben. Ein kleiner Verkaufsstand auf einem Marktplatz wurde z.B. gemahnt, dass er eine Plache über den Stand ziehen möge. Und obwohl der Mann nach drei Tagen der Mahnung nachgekommen ist, wurde ihm nach der ersten Mahnung schon ein Strafgedel von 50 S vorgeschrieben. Die ungeheuren Summen, die an Strafgedeln eingebracht werden, zeigen, dass man gar keine Rücksicht auf die Wirtschaft und auf den Einzelnen nimmt. GR. Binder beklagt sich sodann über Terror, der auf die Fleischhauergehilfen in der Markthalle ausgeübt werde. Wer den Obmann der Fleischhauergehilfen nicht untertan ist, bekommt keine Arbeit und wenn man darauf kommt, dass ein Fleischhauergehilfe nicht Sozialdemokrat ist, wird der Unternehmer veranlasst, ihn zu entlassen. (Hört! Hört! bei der E.L.) Das muss unbedingt abgestellt werden. Es wäre nur zu wünschen, dass endlich alle Steuerschikanen und Terrorfälle aufhören mögen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Dr. Hengl (E.L.) bemerkt, das System Breitner züchte künstlich in immer schrecklicherem Masse die Arbeitslosigkeit. Die Lustbarkeitsabgabe hat zum grossen Teil die Schuld an der Arbeitslosigkeit von Musikern und an der Ertötung jedes Frohsinns in der Stadt. Ebenso ist es mit der Nahrungs- und Genussmittelabgabe, die in der Inflationszeit als eine Steuer für die Prasser und Schieber gedacht war, die aber heute die Verdorfung Wiens zur Folge hat und die Budiken und Beisel in der Stadt verewigen will. Diese Steuer ist eine zweite Warenumsatzsteuer, sie ist eine Doppelsteuer und sie verstösst gegen den staatsgrundgesetzlich verbürgten Zustand der Gleichheit aller vor dem Gesetz. Vielfach sind partei-

politische Motive dafür massgebend, ob ein Betrieb ein- oder ausgereiht wird und ob der Abgabensatz höher oder niedriger erstellt wird. Luxusbetriebe wollten Sie mit der Abgabe treffen, in Wirklichkeit treffen Sie aber damit das Mittagessen vieler armer Angestellter und Arbeiter. Die Folge dieser Abgabe ist es, dass Investitionen für die Ausgestaltung von Betrieben vielfach unterlassen und dass zahlreiche Veranstaltungen abgesagt werden. Im Sofiensaal sollen für die heurige Saison allein zwanzig Unterhaltungen abgesagt worden sein. Es ist nicht zu verwundern, wenn auch die Gastgewerbeangestellten gegen dieses Steuersystem ankämpfen. Im August 1922 hat StR. Breitner im Landtag selbst erklärt, dass er die Steuern sofort abbauen wird, wenn die Periode der Inflation vorbei ist. Sieben Jahre sind nun verflossen seit Bundeskanzler Seipel die Währung stabilisiert hat, aber StR. Breitner hat ganz ungenügende Ermässigungen der Steuern vorgenommen. Auch die kleinen Steuerermässigungen, die am 1. Jänner wirksam werden sollen, wurden noch an die Bedingung geknüpft, dass der Gemeinde durch eine Abgabenteilung keine Einnahmen entzogen werden dürfen. Zu unserer grossen Befriedigung hat die Bundesregierung gegen diese Bestimmung Einspruch erhoben und verlangt, dass dieser Passus gestrichen werde. Was nun von der Gemeinde vorbereitet wird, ist aber die Unsicherheit in Permanenz. Es soll nur auf drei Monate diese Steuererleichterung gewährt werden, worauf es dann vom Ermessen der Landesregierung abhängt, ob die kleinere Abgabe weiter Geltung haben soll. Insbesondere die Nahrungs- und Genussmittelabgabe gehört zu den am meisten bekämpften Steuern. Sie ist der Schandfleck der Wiener Gemeindeverwaltung. Sie bringt ein System, das als grösster Missbrauch der Amtsgewalt bezeichnet werden muss. Es werden die intimsten Gesuchsdaten den sozialdemokratischen Fachvereinen zur Kenntnis gebracht. Das Gesetz sagt aber, dass nur die Genossenschaften zu fragen sind. Sie benützen aber die Abgabe dazu, um für diese roten Vereine Zutreiberdienste zu leisten. Beschwerden der Steuerträger bleiben liegen und werden nicht erledigt. Inzwischen aber geht die hohe Abgabe weiter und werden drakonische Strafen verhängt. Die Steuerkontrolle in den Lokalen hat viele Fehler. Einer solchen Kontrolle darf man dann nicht drakonische Strafen zugrundelegen. Leider hat auch die neue Verfassung auf dem Gebiet der Rekursinstanzen keine einschneidende Änderung gebracht. Auch die neue Abgabenbeschwerdekommission wird eine Ihnen genehme Mehrheit haben. Wir vermissen auch einen Vertreter der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften. Ganz besonders geschädigt wird der ohnedies sehr notleidende Wiener Weinbau durch die Nahrungs- und Genussmittelabgabe. Der Notstand der Weinhauer ist auch Ihnen nicht fremd. Sie haben

einige meiner Dringlichkeitsanträge angenommen, aber sie sind zur geschäftsordnungsmässigen Misshandlung gebracht worden. Die Abgabe wirkt sich insbesondere bei den kleinen Weinbauern sehr unsozial aus. Der Wiener Weinbau ist als Weinbau der Grosstadt eine Spezialität. Er hat mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen, weil er unter ganz besonders schwierigen Bedingungen arbeitet. Die Beschaffung des Düngers zu erschwinglichen Preisen wird immer mehr zu einem Problem. Dazu kommt noch die schwierigere Beschaffung von Arbeitskräften und die Unmöglichkeit der Rationalisierung der Betriebe. Der kalksreiche Boden bringt eine geringere Lebensdauer der Weinstöcke. Gegenwärtig leiden die Wiener Weinbauer auch unter einer Absatzkrise. Die Wetterschäden haben fühlbare Verluste gebracht. Der niederösterreichische Landtag hat bereits eine Weinbauerhilfe beschlossen.

.....
Obdachlose unter der Schwedenbrücke. Vor einigen Tagen wurde dem Magistrat gemeldet, dass unter der Schwedenbrücke Obdachlose eine Bretterhütte aufgestellt haben und darin nächtigen. Um zu überprüfen, ob die Anzeige den Tatsachen entspricht, wurde gestern Nachmittag vom Magistrat eine baupolizeiliche Kommission entsendet, die feststellte, dass tatsächlich zwei obdachlose Personen, ein Mann namens Worac, ungefähr 35 Jahre alt und seine Lebensgefährtin Juliane Petz in einer aus Aistenbrettern zusammengenagelten Hütte wohnen. Da die beiden Obdachlosen sich weigerten, das Obdachlosenheim aufzusuchen, werden im Einverständnis mit anderen Stellen weitere Verfügungen getroffen werden. Festgestellt muss aber werden, dass die städtischen Obdachlosenheime absolut ausreichend sind, dass kein Obdachloser abgewiesen wurde und abgewiesen wird, weshalb niemand genötigt ist, in unstatthafter und unzweckmässiger Weise im Freien zu nächtigen. Soweit es sich um eine Angelegenheit des Wohnungsamtes handelt, kann nicht bestritten werden, dass es unmöglich ist, etwa solchen Personen sofort und ausser der Reihe der übrigen dringlichen Wohnungswerber eine Gemeindewohnung zur Verfügung zu stellen. Die Vormerkungen ebenso dringlicher Fälle müssen der Reihe nach erledigt werden, da es eine schwere Beeinträchtigung der anderen Wohnungsbedürftigen wäre, wenn Obdachlose, die auf eine so aufsehenerregende Weise ihre Obdachlosigkeit demonstrieren, ausser der Reihe Wohnungen zugewiesen erhielten.

.....
GR. Dr. Hengl (E. L.): Die Weinbauer kämpfen einen Verzweiflungskampf. Ihre Betriebe leiden unter einer furchterlichen Kapitalsaufzehrung und Verschuldung. Dieser Zustand muss zum völligen Zusammenbruch führen. Die Konsumkraft der Bevölkerung ist schon soweit geschwunden, dass die Betriebe nicht mehr imstande sind, die Nahrungs- und Genussmittelabgabe zu überwälzen. Die Betriebe müssen daher eine Verbilligung der Regie anstreben. Wenn Stadtrat Breitner nicht der Steuersadist sein will, als der er vielfach bezeichnet wird, muss er den notleidenden Weinbauern zu Hilfe kommen. Der Redner stellt den Antrag die Nahrungs- und Genussmittelabgabe mit 31. März 1930 aufzuheben. (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort führt StR. Breitner aus, dass bei der Kritik des Voranschlags mehr als sonst die allgemeine Politik eine Rolle gespielt hat, dass in einem grossen Teil der Reden die Schwierigkeiten, die uns die Nachkriegszeit auferlegt hat, mitgeklungen haben.

Es ist nun einmal Tatsache, dass Oesterreich von allen anderen Ländern durch den Krieg am schwersten getroffen worden ist und dass sich der Aufbau in unendlich schwieriger Weise vollzieht. Für all das wird nun ein Prügelknabe gesucht, der in der Gemeindeverwaltung gefunden wird. Wann man die Reden hört, müsste man meinen, dass Oesterreich eine sozialistische Bundesregierung hat, dass die Länder sozialistisch verwaltet werden, da es den anderen Bundesländern auch nicht besser ergeht wie Wien. Ueber uns ist die Bundesregierung mit ihren weitgreifenderen und besserwirkenden Massnahmen, die der Handelspolitik eine neue Richtung geben und die Volkswirtschaft beleben könnte. Es zeigt sich aber, dass auch die Bundesregierungen Hemmungen hat. Wir sind ein ganz anderes Wirtschaftsgebiet geworden, unsere Lage hat durch unglücklich verlaufene Spekulationen noch vielerlei Verschärfungen erfahren. Wir haben auch nicht jenes bescheidene Ventil, dass darin besteht, dass die Menschen, die im Lande ihr Brot nicht finden können, auswandern können, da die Schutzgesetze für die heimischen Arbeiter überall streng gehandhabt werden. Wir haben nicht nur die grosse furchtbare Sorge der allgemeinen Arbeitslosigkeit, sondern insbesondere der der Jugend. Ob diese nun ihre Studien vollendet oder ihre Lehrjahre hinter sich hat, sie findet kein Unterkommen. Alle Berufe warnen vor Zuzug, und da kann man sich wohl vorstellen, dass sich allmählich eine Stimmung der Verzweiflung einstellt. Das alles aber kann nicht die Meinung unterstützen, dass die Ursachen dafür in diesem Voranschlag und in unserem Steuersystem zu suchen sind. St. R. Breitner bespricht nun die Frage des Wohnbaues, wobei er darauf verweist, dass auch trotz der günstigen **Bedingungen** die Bundeswohnbauförderung nicht in Fluss kommt. Es kann bis heute nicht von irgendeinem Wohnbau grösseren Stils gesprochen werden, der auf Grund der Bundeswohnbauförderung aufgeführt wird. Es hat sich eben herausgestellt, dass die Zinse **einfach unerschwinglich hoch** wären. Wenn wir unsere Wohnbautätigkeit aufgeben würden, würde das Heer der Arbeitslosen um tausende von Arbeitern vergrössert werden. Gegenwärtig beschäftigen wir 8500 Menschen unmittelbar bei unseren Bauten und tausende von Arbeitern sind mittelbar beschäftigt. Wenn diese alle arbeitslos gemacht würden, fallen sie für die Wirtschaft auch als Konsumenten aus. Es wurde auch von der Möglichkeit gesprochen, der Wirtschaft dadurch Erleichterungen zu bringen, dass man nicht aus Steuern baut oder aber auf Grund einer Anleihe. Heute eine Anleihe **zunehmen**, ist eine rein theoretische Angelegenheit. Berlin soll jetzt einen Zwischenkredit von 15 Millionen Dollar zu 9 1/2 Prozent für seine Wohnbautätigkeit aufnehmen. Dazu schreibt eine Berliner Zeitung, dass, wenn die Anleihe scheitert, die gesamte öffentliche Bautätigkeit lahm gelegt werden muss.

te. Der Weg, den wir unter den heute gegebenen Zuständen gehen, ist der einzige Weg, um die Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsnot wirksam bekämpfen zu können. St. R. Breitner beschäftigt sich sodann mit den einzelnen von der Minderheit im Laufe der Debatte erhobenen Beschwerden. Was die Nahrungs- und Genussmittelabgabe anlangt, so ist sie die einzige Steuer, bei der es ein freies Ermessen gibt. Dass ist wohl kein Vorzug der Steuer, aber sie konnte nicht anders gebaut werden wenn man nicht zu einer allgemeinen alle Nahrungs- und Genussmittelgeschäfte treffenden Steuer kommen will. Wir bemühen uns, hier alle möglichen Erleichterungen zu schaffen, so wurden im Jahre 1929 um 127 Betriebe weniger eingereiht und um 425 Betriebe mehr pauschaliert als im Jahre 1928. Die Genossenschaften wurden zur Mitarbeit herangezogen. Selbstverständlich müssen die Pauschalierungen von Zeit zu Zeit überprüft werden, weil sonst die pauschalierten Betriebe gegenüber allen nicht pauschalierten bevorzugt werden, aber auch dabei wurden die Genossenschaften herangezogen mit dem Erfolg, dass in einzelnen Branchen weit mehr Ermässigungen als Erhöhungen stattgefunden haben. St. R. Breitner reflektiert in diesem Zusammenhang insbesondere auch auf einen von St. R. Kunschak erwähnten Fall und stellt fest, dass eine Ermässigung des Satzes von 6 auf 3 Prozent für den Betreffenden schon zu einer Zeit vorgenommen wurden, in welchem es den Fachverein der sozialdemokratischen Gastwirte noch gar nicht gegeben hat, dass also deshalb von parteipolitischen Einflüssen nicht die Rede sein könne. St. R. Breitner beschäftigt sich sodann mit den politischen Ausführungen des St. R. Rummelhardt, der gemeint habe, vom Bürgerkrieg sei keine Rede gewesen, sondern nur von einem Oktroi der Verfassung. Man möge doch bedenkenwid eine solche Auffassung, dass ein Oktroi der Verfassung möglich sei auf Länder wirken muss, in denen es eine gefestigte^{-re} Demokratie gibt als bei uns. Wenn man einem Amerikaner, Engländer oder Schweizer erzählen wollte, es sei möglich, dass eine Verfassung auch unter Nichtbeachtung der bestehenden Gesetze aufgezwungen werden könne, so würde er das überhaupt nicht verstehen.

Ein Land, in dem die Verfassung gegen die bestehenden Gesetze geändert werden kann, gilt als ein unruhiges Land; denn ein^{in -em} solchen Land könnte ja auch einmal eine Verfassung aufgezwungen werden, bei der man seine Schulden nicht bezahlt. Man stelle sich also vor, wie solche Auffassungen im Auslande, wo wir uns um eine Anleihe bemühen wirken müssen. Wenn Gr. Zimmerl eine Parallele zwischen der Wirkung der Abhebungen und der Abschöpfung von Steuern gezogen hat, so besteht hier ein wesentlicher Unterschied. Die 40 Millionen Abhebungen haben sich in fremde Währung verwandelt oder sind ins Ausland gegangen, während die Steuern die wir einheben, sofort wieder in die Wirtschaft zurückgeflossen sind. Was nun die Kontrolle

des Obersten Rechnungshofes betrifft so haben wir uns gegen eine Kontrolle derjenigen Betriebe die der privaten Konkurrenz unterliegen, nicht etwa deshalb gewendet, weil wir hier etwas zu scheuen hatten, sondern weil bei diesen Betrieben unter allen Umständen die Wahrung von Geschäftsgeheimnissen gesichert werden muss. Wenn einmal der Oberste Rechnungshof auch die Schwechater Brauerei oder alle Versicherungsanstalten und alle Kreditinstitute kontrollieren wird, werden wir nichts dagegen haben, dass auch unsere Brauerei, auch unsere Versicherungsanstalt und die Zentralsparkasse von ihm kontrolliert wird und er wird finden, dass in diesen Betrieben alles in bester Ordnung ist. Wir verlangen aber, dass in der Wettbewerbsfähigkeit eine Gleichmässigkeit für alle Betriebe, die der privaten Konkurrenz unterliegen gegeben sei. GR. Zimmerl ist im Irrtum, wenn er meint, dass es den Vergnügungsbetrieben in Berlin weit besser gehe als bei uns. Richtig ist vielmehr, dass auch dort eine sehr heftige Krise besteht, die sich auf die Vergnügungsbetriebe sehr stark auswirkt sonst würde man nicht zu der Methode greifen müssen, dass der eine Betrieb für jede Flasche Sekt eine Theaterkarte und ein anderer für jedes fünfte Glas Bier eine Rassierklinge verspricht. So zu lesen in der Reichspost (Lebhafte Heiterkeit bei der Mehrheit). Unrichtig ist auch die Bemerkung des Gr. Zimmerl, dass die Volksoper unter der Steuerlast zusammengebrochen sei, das kann schon deshalb nicht der Fall sein, weil die Volksoper uns die Steuer schuldig geblieben ist (Heiterkeit bei der Mehrheit). Was die Steuerrückstände betrifft, so betragen sie in der ganzen Zeit vom 1. Jänner 1923 bis zum Jahr 1929 im ganzen 20 Millionen Schilling wovon ein Drittel auf die Wertzuwachs abgabe bei Zwangsversteigerungen entfällt, Fälle in welchen die Steuereinhebung mit grossen Schwierigkeiten verbunden ist. Es wäre uns nicht schwer, diese Rückstände zu vermindern, wir tun es aber nicht, weil/die Härten vermeiden wollen. Sodann teilt St. R. Breitner mit, dass die Erfolgswerte der ersten zehn Monate ds. J. den Mitgliedern des Stadtsenates und des Finanzausschusses bekanntgegeben worden seien und dass diese Werte kein Geheimnis bilden. Die Redner der Minderheit haben bestritten, dass die politische Beunruhigung auf die Wirtschaft so nachteilig gewirkt hat, wie ich dies dargestellt habe. Man beruft sich hierbei vor allem auf das grosse Lob, das der Heimwehrbewegung immer darin gespendet worden ist. Es war ein Journalist hier, der wieder einmal in drei Tagen Oesterreich kennen gelernt hat. Wir könnten Dutzende von Blättern zitieren, die anderer Meinung sind. Nur an einigen Stellen dieses Artikels soll gezeigt werden, wie unrichtig, dessen Behauptungen sind. Da wird zum B. behauptet, dass die Fürsorgabgabe in Industrieunternehmungen zwischen 5 und Seinhalf Prozent schwankt. Daran ist kein Wort wahr. Oder es wird behauptet, dass einerseits sie Arbeiter

herrlich untergebracht sind, während Mitglieder der Bürgerklasse, die Wien nur für einige Wochen verlassen, ihrer Wohnungen für verlustig erklärt werden und dass sie dann bei ihrer Rückkehr die Wohnungen ^{von} Familien besetzt finden, die ^{wenn auch nicht aus} einer grossen Zahl von Köpfen, so doch aus gesinnungstüchtigen Sozialdemokraten bestehen (Lebhafte Heiterkeit bei der Mehrheit). Am Schlusse des Artikels wird noch davon gesprochen, man könnte einen Steuerstreik gegenüber der Gemeinde Wien inszenieren, vorausgesetzt, dass die Wiener Steuerzahler ihre Verpflichtungen gegenüber dem Bund erfüllen (Lebhafte Heiterkeit bei der Mehrheit). Wenn es einmal zu einem Steuerstreik kommt, dann wird wahrscheinlich diese Unterscheidung nicht gemacht werden. Gegenüber den Ausführungen der St. Rtn Motzko zählt St. R. Breitner die Massnahmen auf, die die Gemeinde Wien zur Belebung der Wirtschaft getroffen habe. Er erwähnt hierbei insbesondere den Ausbau der Wasserkräfte, die Russlandhaftung, die Gewerbekredite und die Massnahmen zur Hebung des Fremdenverkehrs. Unrichtig ist, dass ich jemals die Aeusserung getan hätte, die privaten Unternehmer dürfen keine Reserven ansammeln. Wenn hier über die Beschwerdekommissionen abfällig gesprochen wurde, so muss man doch fragen, welche Abgabebeschwerdekommissionen es beim Bund gibt. Wir kommen auch der Landwirtschaft sehr weit entgegen. Die Grundsteuer ist bei uns bedeutend niedriger als in Niederösterreich und von der Bodenwertabgabe ist der landwirtschaftliche Besitz vollständig befreit. Ich kann auch mitteilen, dass die Gemeindeverwaltung eine Hilfsaktion für die Weinhauern prüft und mit einer entsprechenden Vorlage vor den Gemeinderat kommen wird.

Redner ersucht den Antrag der G. Rtn Dr. Motzko auf Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Verhältnisse auf dem Bruckhaufer der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen und die Anträge der G. R. Hengl und Zimmerl auf Abschaffung der Nahrungs- und Genussmittel- und der Wasserkraftabgabe abzulehnen. Die Gemeinde könne auf beide Abgaben nicht verzichten. Ebenso bitte er den Antrag des G. R. Rummelhardt auf Einsetzung einer Kommission zur Schulleiterernennung abzulehnen. Mit dem Appell an alle Mitglieder des Gemeinderates, alles zu vermeiden, was eine Wiederholung der so schweren Erschütterung des Wirtschaftslebens herbeiführen könnte, wie sie glücklich überwunden sei, schliesst St. R. Breitner seine Erwiderung unter lebhaftem Beifall der Mehrheit.

Damit ist die Generaldebatte und die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe II beendet. Die Anträge Zimmerl und Dr. Hengl werden abgelehnt, die Anträge Dr. Motzko und Rummelhardt werden bei der Besprechung der betreffenden Verwaltungsgruppen verhandelt werden.

Schluss der Sitzung 22 Uhr. Fortsetzung morgen 16 Uhr.
Zum Referat kommt amtsführender Stadtrat Speiser.